

Dokumente zum Zeitgeschehen

In Frieden leben

Entschließung des Bremer Parteitages der SPD vom 31. Mai 1991

(Wortlaut)

Mit der nachstehenden Entschließung sprach sich eine klare Mehrheit des SPD-Parteitages in Bremen für die Teilnahme deutscher Soldaten an UNO-„Blauhelm“-Missionen und für eine diesbezügliche Änderung des Grundgesetzes aus. Die Parteiführung hatte angesichts der zum Teil heftigen innerparteilichen Debatte über out-of-area-Einsätze der Bundeswehr und die verfassungsrechtlichen Implikationen einen entsprechenden Kompromißvorschlag unterbreitet. Mit dem Thema befaßt sich im vorliegenden Heft der Beitrag von Volker Bge, Mut zur Selbstbegrenzung. Deutsche Machtpolitik, das Grundgesetz und die UNO. D. Red.

1. Deutschland hat im Zuge der von Willy Brandt eingeleiteten Entspannungspolitik unerwartet rasch seine staatliche Einheit gefunden. Die Vier Mchte haben ihre aus Krieg und Niederlage Deutschlands stammenden Vorbehaltsrechte aufgegeben. In Vertragsrecht überführte Sonderrechte der drei Westmächte müssen noch durch Verhandlungen aufgehoben werden. Für Deutschland müssen im westlichen Bündnis die gleichen Rechte und Pflichten gelten wie für alle anderen Bündnispartner.

2. Mit dem Abbau des Ost-West-Konflikts und der Beendigung der deutschen Teilung kommen auf die Bundesrepublik neue friedenspolitische Aufgaben zu. Wir wollen uns im Rahmen der EG und im Rahmen der Vereinten Nationen an der Herstellung internationaler Stabilität beteiligen und dazu beitragen, daß Konflikte zwischen den einzelnen Nationen durch eine politisch und finanziell gestärkte UNO beigelegt werden können.

Wir wollen sowohl national als auch im UNO-Rahmen Investitionen in die zivile Infrastruktur von Krisenregionen fördern, damit Kriege durch Maßnahmen einer vorbeugenden Friedenssicherung wirksamer verhindert werden können.

3. Frieden wird es so lange nicht geben, wie zahlreiche Völker Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung der Menschenrechte erleiden und das Selbstbestimmungsrecht nicht ausüben können.

Auch aus eigenen Sicherheitsinteressen wird die Überwindung des Nord-Süd-Konfliktes immer drängender. Internationale Zusammenarbeit, Abrstung und Nord-Süd-Solidarität müssen Verfassungsrang erhalten. Die SPD will durch wirtschaftliche Kooperation, durch Hilfe zur Selbsthilfe, durch Änderung der internationalen Rahmenbedingungen für die Finanz-, Währungs- und Handelspolitik Konflikte mindern. Deutschland sollte überall da alle seine Kräfte aufbieten, wo die Ursachen von Konflikten angegangen werden: bei der Bekämpfung von Hunger, Verelendung und Umweltzerstörung vor allem im Süden der Erde. Deutschland sollte führend sein bei Entwicklung und Lieferung lebenserhaltender Technologien, z. B. von Schiffen zur Bekämpfung der lpest, statt bei internationalen Krisen vor allem an Lieferung von Kriegsgerät zu denken.

4. Der Abbau der Ost/West-Konfrontation eröffnet zugleich die Chance, daß die UNO ihre Aufgabe als Welt-Friedensorganisation endlich voll wahrnehmen kann. Zu den friedenspolitischen Aufgaben des vereinten Deutschlands gehört es, zu einer solchen politischen und finanziellen

Stärkung der Vereinten Nationen beizutragen. Ein derartiger deutscher Beitrag sollte die Streichung der „Feindstaaten“-Klausel in Artikel 107 der UNO-Charta nach sich ziehen.

Wir treten für eine Stärkung und Reform der Vereinten Nationen ein, die es der UNO ermöglicht, nicht erst zur akuten Krisenbewältigung einzugreifen, sondern bereits im Vorfeld aktiv zu werden, um soziale, ökologische und politische Spannungen zu überwinden. Die Arbeit der Vereinten Nationen ist dadurch wirksamer zu gestalten, daß dem Regionalprinzip bei der Konfliktregelung und Zusammenarbeit sowie bei der Repräsentation in den Gremien zum Durchbruch verholfen wird. Die Vereinten Nationen müssen so an Gewicht gewinnen, daß sie nicht nur bestimmte Maßnahmen für zulässig erklären, sondern sie unter ihrer eigenen Verantwortung und Leitung durchführen können. Das setzt die Stärkung der Stellung des Generalsekretärs, eine Selbstbeschränkung bei der Ausübung des Vetorechts und insgesamt eine Entwicklung voraus, bei der die vereinten Nationen Schritt für Schritt in die Rolle einer Weltregierung hineinwachsen.

5. Wir schlagen nationale Friedenskorps für UN-Einsätze vor

- zur Bekämpfung von Umweltschäden
- zur humanitären Hilfe und
- in Katastrophenfällen.

Wir streben - wie bisher - an, daß die UNO nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die Chance wahrnimmt, zu einem weltweiten kollektiven Sicherheitssystem zu werden.

Deutschland wird auf absehbare Zeit Streitkräfte zur Verteidigung brauchen. Ziel ist es, sie überflüssig zu machen. Bis dahin müssen deutsche Streitkräfte in Umfang, Doktrin, Struktur und Ausrüstung so bemessen sein, daß sie zur Landesverteidigung befähigt sind und die Bündnisverpflichtungen erfüllen können. Sie müssen so vermindert werden, daß Bedrohung von ihnen nicht ausgeht, sie jedoch weiterhin kriegsverhindernd wirken.

Eine Ausweitung der Aufgaben von NATO und WEU mit dem Ziel eines möglichen Einsatzes ihrer Truppen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes und die Aufstellung von dazu vorgesehenen Eingreiftruppen lehnen wir ab. Eine Grundgesetzänderung mit dem Ziel, der Bundeswehr solche oder andere militärische out-of-area-Einsätze zu ermöglichen, ist mit unserer Friedens- und Sicherheitspolitik unvereinbar. Eine deutsche Beteiligung an militärischen Kampfeinsätzen unter UNO-Kommando oder durch Ermächtigung der UNO lehnen wir ab. Die Bundesrepublik Deutschland muß jedoch in der Lage sein, sich im Rahmen der UNO an friedenserhaltenden Maßnahmen (Blauhelm-Missionen) zu beteiligen.

Friedenserhaltende Maßnahmen sind:

- a) Friedenstruppen, die durch ihre Anwesenheit einen Waffenstillstand garantieren;
- b) Militärische Beobachtergruppen, häufig lediglich Offiziere zur Überwachung von Friedensabkommen;
- c) UN-Friedensmissionen unter ziviler Leitung mit gemischt militärischer und ziviler Komponente.

Friedenserhaltende Maßnahmen dürfen nach UN-Gewohnheitsrecht unter folgenden Voraussetzungen durchgeführt werden:

- Beschluß des Sicherheitsrates (in der Regel für sechs Monate);
- Zustimmung der am Konflikt beteiligten Staaten;
- kein Einsatz von Waffengewalt, außer zur Selbstverteidigung;
- freiwillige, in einem Vertrag mit der UNO geregelte Bereitstellung von Personal- und Streitkräften durch UN-Mitgliedstaaten;
- Leitung durch den UNO-Generalsekretär unter Kontrolle des Sicherheitsrates.

Die SPD wird im Rahmen der Debatte um die Fortentwicklung des Grundgesetzes dafür eintreten, daß die Voraussetzungen für eine Beteiligung von sich freiwillig meldenden Berufs- und Zeitsoldaten der Bundeswehr an diesen friedenserhaltenden Maßnahmen im Rahmen der UNO geschaffen werden. Dabei muß eine strikte Trennung zwischen Blauhelm-Einsätzen, die wir befürworten, und militärischen Kampfeinsätzen, die wir ablehnen, verbindlich festgeschrieben werden. Der Einsatz deutscher Truppen für Blauhelm-Aktionen der UNO bedarf in jedem Einzelfall der Zustimmung des Deutschen Bundestages.

6. Für die Aufgaben der Bundeswehr sind heute erheblich weniger Mittel erforderlich als zu Zeiten der Blockkonfrontationen. Der Verteidigungshaushalt muß sofort unter 50 Mrd. DM abgesenkt werden.

7. Die SPD verurteilt die deutsche Mitwirkung an der Aufrüstung von Staaten der Dritten Welt und die Geschäftemacherei mit Rüstungsgütern und Technologien, die für Kriegswaffen genutzt werden können. Verstöße gegen das Verbot von Rüstungsexporten müssen mit wirksamen ökonomischen und strafrechtlichen Sanktionen geahndet werden; sie gehören zur Kategorie der Schwerstkriminalität und müssen gesellschaftlich geächtet werden. Erlöse aus illegalen Waffengeschäften und damit in Verbindung stehende Vermögenswerte müssen vollständig eingezogen werden.

Die Bundesregierung fordern wir auf, Rüstungsexporte in Staaten außerhalb der NATO zu verbieten. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn der Deutsche Bundestag mit Zweidrittelmehrheit zustimmt. Rüstungsgüter dürfen nur exportiert werden, wenn der Endverbleib garantiert ist. Dies gilt auch für Koproduktionen.

8. Zur Sicherung des Friedens in Europa sind weitere Abrüstungsschritte erforderlich. Die Verhandlungen über die Verringerung der konventionellen Waffen und Streitkräfte müssen zu einer Halbierung des auf der KSZE-Konferenz in Paris erreichten, immer noch weit überhöhten Bestandes führen.

Mit multilateral vereinbarten Obergrenzen muß eine regional ausbalancierte strukturelle Angriffsunfähigkeit der europäischen Staaten untereinander bis zur nächsten KSZE-Konferenz 1992 vertraglich gesichert werden. Es ist Zeit, daß die längst angekündigten Verhandlungen über die Beseitigung atomarer Kurzstreckenwaffen endlich begonnen werden. Dabei darf keine Stationierungsart (land-, luft- und seegestützte Atomwaffen) ausgeschlossen werden. Auch der Westen Deutschlands muß von Atomwaffen frei werden. Unser Ziel, die atomare Abschreckung zu überwinden, verlangt - statt kosmetischer Korrekturen - als notwendigen ersten Schritt die Aufgabe der Strategie der flexible response und des atomaren Ersteinsatzes.

Parteivorstand und Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die notwendige konzeptionelle Arbeit für die Durchsetzung dieser im Grundsatzprogramm festgelegten Zielsetzung zu leisten. Dort heißt es: „Unser Ziel ist es, die Militärbündnisse durch eine europäische Friedensordnung abzulösen. . . Sie müssen bei Wahrung der Stabilität ihre Auflösung und den Übergang zu einer europäischen Friedensordnung organisieren. Dies eröffnet auch die Perspektive für das Ende der Stationierung amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte außerhalb ihrer Territorien in Europa.“

Eine Umorientierung der NATO und der WEU von einem Bündnis im West-Ost-Konflikt zu einem Bündnis des Nordens gegen den Süden ist damit nicht vereinbar.

9. Der Parteivorstand wird aufgefordert, zum nächsten Bundesparteitag einen Antrag zur Außen- und Sicherheitspolitik des vereinten Deutschlands vorzulegen. An der Ausarbeitung dieses Antrages sind die Bezirke zu beteiligen. Die dem Bremer Bundesparteitag zu diesen Themenbereichen vorliegenden Anträge werden an den Parteivorstand als Material zur Vorbereitung dieses Antrages überwiesen.